

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. August 2026

§ 31

Motion Martin Baumgartner, Engi, und Mitunterzeichner «Faire Vertretung der Wahlkreise des Kantons Glarus im Landrat»

(Bericht Regierungsrat, 2.7.2026)

Martin Baumgartner, Engi, Unterzeichner, unterstützt auch im Namen der SVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrates. – Die Antwort des Regierungsrates wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Der Vorstoss erzielte bereits jetzt eine wichtige Wirkung: Der Regierungsrat hat die Arbeiten vorgezogen und visiert die Landsgemeinde 2028 an. Das zeigt, dass das Problem mit der Erfolgswertgleichheit und den Wahlkreisgrössen real ist. – Die historische Gemeindestrukturereform wurde mit einem klaren Versprechen beschlossen: «Ein Kanton, drei starke Gemeinden». Dieses Versprechen war kein Werbeslogan. Es ist und soll das Fundament des modernen Kantons Glarus sein. Wenn sich die Bevölkerungszahlen in den Gemeinden nun verändern und das politische Gewicht im Landrat dauerhaft in eine Richtung kippt, betrifft das nicht nur eine Gemeinde, sondern das kantonale Gleichgewicht insgesamt. Ein stabiler Kanton funktioniert nur, wenn sich alle Regionen – von Bilten bis nach Braunwald und Elm – fair repräsentiert und ernstgenommen fühlen. Reine Arithmetik greift zu kurz, wenn sie das politische Gefüge im Kanton Glarus aus dem Lot bringt. Das System muss so weiterentwickelt werden, dass es den rechtlichen Vorgaben des Bundes, aber auch der Glarner Identität gerecht wird. Der Regierungsrat schlägt nun die Überweisung der Motion als Postulat vor. Im Interesse einer raschen, sachlichen und rechtlich wasserdichten Aufarbeitung sind die Unterzeichner bereit, Hand für diesen Kompromiss zu bieten. Sie wie auch die SVP-Fraktion stimmen der Überweisung als Postulat zu, verbinden dies aber mit einer klaren Erwartung an den Regierungsrat: Die Zusicherung, dass die Vorlage rechtzeitig auf die Landsgemeinde 2028 kommt, ist für sie entscheidend. Sie ist ein Versprechen an den Landrat wie auch an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. – Der Regierungsrat schreibt, er wolle einzelne Punkte aus dem Fragenkatalog eventuell weglassen. Es ist aber davor zu warnen, den Rotstift zu früh anzusetzen. Die Dynamik zwischen den drei Grossgemeinden ist hochsensibel. Nur wenn die Auslegeordnung umfassend und transparent ist, wird das Resultat am Schluss von der Bevölkerung auch getragen. – Die Motionäre reichen dem Regierungsrat heute die Hand, weil das Ziel geteilt wird: eine faire, ausgewogene und zukunftsfähige Vertretung aller Glarnerinnen und Glarner im Landrat.

Kaj Weibel, Mollis, spricht sich stellvertretend für die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen für den Antrag des Regierungsrates aus. – Die Verteilung der ständigen Wohnbevölkerung und damit verbunden die Verteilung der Landratsmandate auf die Wahlkreise verändern sich stetig. Entsprechend müssen auch das Wahlsystem, die Wahlkreisstruktur und die Einhal-

tung der Wahlrechtsgleichheit immer wieder überprüft werden. Mit der momentanen Entwicklung und der prognostizierten künftigen Verteilung der Mandate steigen vor allem in Glarus Süd das natürliche Quorum und das Risiko von gewichtslosen Stimmen. Um dieses Problem zu entschärfen, unterstützt die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen die Überweisung als Postulat. Aus deren Sicht ist es aber wichtig, dass mit einer kommenden Vorlage nicht weitere, neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Gerade bezüglich einer Mindestsitzregelung ist sie skeptisch, weil damit einer Stimme je nach Wahlkreis ein unterschiedliches Gewicht zukommen würde bzw. in Glarus Süd absolut gesehen deutlich weniger Stimmen für einen Sitzgewinn benötigt würden als in einem grossen Wahlkreis. Auf den ersten Blick scheint ein System mit einem Einheitswahlkreis die Vorgaben der Wahlrechtsgleichheit am besten zu erfüllen. Dieses würde auch künftige Entwicklungen gut abfedern. Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen ist aber offen und unterstützt die umfassende Prüfung der verschiedenen Varianten.

Franz Landolt, Näfels, votiert namens der GLP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Die GLP-Fraktion erachtet eine rechtliche Beurteilung des Ist-Zustands als wichtig und nützlich. Sie hofft aber, dass diese nicht mehr Fragen als Antworten aufwirft. Die Mitglieder des Landrates sind primär Vertreter des Kantons Glarus und haben als solche eine kantonale Perspektive einzunehmen. Die Mitglieder sind angehalten, im Interesse des ganzen Kantons zu handeln. Vor diesem Hintergrund braucht es die Motion oder das Postulat eigentlich gar nicht. Die GLP-Fraktion spricht sich deshalb auch nur mit mässiger Begeisterung für eine Überweisung aus. Die Ratsmitglieder entscheiden meist aufgrund ideologischer Kriterien und nur selten aufgrund der Herkunft. Eine gesunde Distanz ist oft auch nützlich: Sie führt zu weniger Befangenheit und weniger Interessenkonflikten. Diese Distanz erlaubt es, unbefangen im Interesse des gesamten Kantons zu entscheiden.

Landammann Markus Heer beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Der Regierungsrat freut sich, dass man die Motion als Postulat überweisen will. Inhaltlich ist die Diskussion nicht jetzt zu führen. Sinn des Postulats ist es ja, dass der Regierungsrat nun prüft, eine breite Auslegeordnung vornimmt und dem Landrat einen Vorschlag unterbreitet. 2028 – und das ist das Wort des Regierungsrates – ist das Ziel, das der Regierungsrat erreichen möchte. Das Thema ist wichtig. Es wird auch Bestandteil der Legislaturplanung 2027–2030 sein und damit Priorität erhalten. Vorliegend ist aber das Postulat das richtige parlamentarische Instrument, nicht die Motion. Denn diese ist dann doch ein bisschen zu starr.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Die Motion ist als Postulat überwiesen.